

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Volt und Piraten in der Landeshauptstadt
Hannover
SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
CDU-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover**

In den

- Schul- und Bildungsausschuss
- Verwaltungsausschuss

27.01.2026

Konzeptentwicklung zur Optimierung der hannoverschen Schullandschaft

Antrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover:

Die Verwaltung wird beauftragt,

bis zur Sommerpause 2026 ein Konzept mit einer Auswahl an Zukunftsszenarien zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Schulplatzversorgung durch Optimierung der hannoverschen Schullandschaft zu entwickeln.

Dabei sollen folgende Kriterien und Ziele in den Fokus genommen werden:

- datenbasierte Ressourcensteuerung (Kommune & Land)
- datenbasiertes Bildungsmonitoring durch die Erhebung, Zusammenführung und Auswertung relevanter Daten aus Stadt, Region und Land zu Gründen von Schulformwechseln, Schulabbrüchen und Bildungsqualität
- die Entwicklung der Erstanwahlzahlen
- das Ziel der Minimierung von Schulformwechseln und Schulabbrecherquoten
- das Ziel der Erhöhung von Schulabschlussquoten
- eine möglichst wohnortnahe Beschulung
- Ganztagsangebote an allen Schulen
- die Entlastung und Weiterentwicklung der Real- und Oberschulen

In die Konzeptentwicklung sollen die betreffenden Schulen, das Regionale Landesamt für Schule und Bildung sowie das MK einbezogen werden.

Ziel:

Für die hannoverschen Schüler*innen der Grund- und weiterführenden Schulen soll ein bedarfsgerechtes Schulangebot vorgehalten werden, welches allen Schüler*innen den Erwerb eines Abschlusses im Sekundarbereich I ermöglicht und im Wesentlichen dazu beiträgt, positive Bildungsbiografien von Schüler*innen zu fördern.

Im Rahmen einer „Modellregion Hannover“ könnten in Abstimmung mit dem Land Niedersachsen Maßnahmen wie Ressourcensteuerung, kontinuierliches Bildungsmonitoring und längeres gemeinsames Lernen erprobt und evaluiert werden, um Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit nachhaltig zu erhöhen.

Begründung:

Die Unterstützung von Bildung dient der Förderung der Entwicklung junger Menschen und der Stärkung von selbstbestimmtem und eigenverantwortlichen Handeln (§ 1 Abs. 1 SGB VIII)

Die Förderung des Erwerbs von Bildungsabschlüssen dient der Vermeidung von Benachteiligung (§ 1 Abs. 3 Satz 1 SGB VIII).

Seit der Veröffentlichung des Kommunalen Schulentwicklungsplan 2019 ist fortlaufend eine steigende Zahl von Schulformwechseln zu verzeichnen. Diese werden von einer auffälligen Systematik geprägt, nach der die überwiegende Mehrzahl der Wechsel in Richtung von Schulen mit niedrigerem Anforderungsprofil erfolgt.

Dadurch ist die Schulträgerin gezwungen, Schulplätze faktisch doppelt vorzuhalten: in den unteren Jahrgangsstufen an den Gymnasien und Realschulen, im weiteren Verlauf vor allem an den Integrierten Gesamtschulen und Oberschulen. Diese Fluktuationen erschweren zudem die pädagogische Arbeit erheblich.

Insbesondere infolge der Schulformwechsel liegt die tatsächliche Anzahl der Schüler*innen weit über der Kapazität in Anbetracht der genehmigten Zügigkeiten der Oberschulen. Im Schuljahr 2025/2026 wurden insgesamt elf zusätzliche Klassen an den Oberschulen gebildet, sodass die Auslastung bei ca. 122% liegt.

Im Rahmen der Gesamtgemengelage sind die Realschulen ebenso stark von Schulformwechseln betroffen. Sie nehmen jedes Schuljahr eine Vielzahl von Schüler*innen auf und geben im selben Zuge eine Vielzahl ab.

Neben dem zu verzeichnenden Anstieg von Schulformwechseln, ist auch ein Trend steigender Schulabbrecherquoten in Niedersachsen erkennbar. Dieser Entwicklung muss durch mutige Veränderungen in unserer Schullandschaft entgegengewirkt werden.

Dr. Elisabeth Clausen-Muradian/Dr. Daniel Gardemin/
Fraktionsvorsitz Bündnis 90/Die Grünen + Volt + Piratenpartei

Kerstin Klebe-Politze/Dr. Bala Ramani
Fraktionsvorsitz SPD

Felix Semper
Fraktionsvorsitz CDU

Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitz FDP